

Offizielles Blatt
Wochenschrift mit Anzeigen des
Genossenschaftswesens.

Abonnementpreis
Monatlich 50 J., 1/2 Jährlich 1.50 J.
Jahresum. freies Post. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
Veröffentlichungsbüro, durch
das Post nicht bezogen, kostet
Monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 50 J.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.
Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle-Saale.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 25.

Mittwoch den 31. Januar 1894.

5. Jahrg.

Konsumvereine.

o M. Als zu Anfang der jetzigen Jahre Schulze-Delitzsch unter den deutschen Arbeiter Propaganda für Selbsthilfe unter der Form von Genossenschaften, Konsumvereinen und dergleichen zu machen suchte, fand er wenig Anklang. Lassalle belehrte die Arbeiter, was es mit der Selbsthilfe für eine Verwandnis habe, er wies in seinem Vorkurs-Schulze nach, daß damit den Arbeitern kein menschenwürdiges Dasein geschaffen werden könne, die Ausbeutung des Arbeiters durch die privatkapitalistische Produktionsweise weder geschwächt noch beseitigt würde, der Großkapitalist den Kleinrentner verdrängt. Es gelang daher Schulze-Delitzsch nicht, die Arbeiter für seine Vorschläge einzufangen. Das Genossenschafts- und Konsumvereinswesen fand nur ganz vereinzelte Anhänger, obgleich selbst die Fortschrittspartei, die damals einen starken Anhang in Arbeiterkreisen besaß, alles Mögliche dafür aufbot. So durchschlagend war der Erfolg des Aufstretens Lassalles.

Heute scheinen sich die Ansichten über das Genossenschaftswesen, selbst zum Teil unter den Arbeitern, bedeutend geändert zu haben. Ueberall scheinen die Konsum-Vereine wie Pilze aus der Erde. Vorkünftig ist das ganze Königreich Sachsen damit überzogen und mehr und mehr ziehen sie auch in unsere Provinz ein. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie dem Kleinrentner sehr Kleinrentnerstand das Leben erschweren, ihn mehr und mehr zum Ruin verurteilen. Während die Existenz des Großrentners auf Grund seiner Kapitalkräftigkeit nicht in minderen von ihnen gefährdet werden kann, da er ja ihr eigentlicher Lieferant ist, und er, um Preisunterbietungen seiner Kollegen zu verhindern resp. Preissteigerungen zu vermeiden, sich mehr und mehr zu sogenannten Ringen zusammenschließt. Der Kleinrentner sucht sich denn auch verzweifelt zu wehren, er schlägt Lärm und da die herrschenden Kreise recht wohl wissen, daß je mehr der Mittelstand verarmt, je näher der Tag des Eintrittes ihrer Herrschaft kommt, so suchen sie selbstverständlich den Mittelstand zu erhalten, soweit dies möglich ist.

Das hat denn auch den Antrag des Zentrums, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, veranlaßt, der dieser Tag im Reichstag zur Verhandlung kam. Der Antrag wendet sich vorzüglich gegen die Konsumvereine, indem er den Verkauf von Waren an Nichtmitglieder unter Strafe stellt. Bei dieser Gelegenheit äußerte Gen. Nebel: „Wir sind weder Freunde noch Gegner der Konsumvereine. Will man sie gründen, so gründe man sie, aber nicht mit der Absicht, die soziale Lage der Mitglieder dadurch verbessern zu können.“

Dieser Ansicht können wir uns nur voll und ganz anschließen. Wer da glaubt, der Lebenslage der Arbeiter durch die Gründung von Konsumvereinen aufzuheben, befindet sich im Irrtum. Betrachtet wir die Sache einmal näher. Die große Masse der Arbeiter lebt aus der Hand in den Mund, besteht also aus Habensleuten. Zur Gründung jedes Geschäftes gehört aber Kapital. Wer Mitglied eines Konsumvereins

werden will, muß mindestens einige Mark besitzen. Will er sie sich erörtern, muß er sie sich von Wunde absparen. Aber auch dieses ist nur wenig möglich, da der Verdienst so gering ist bei der großen Mehrzahl der Arbeiter, daß er kaum hinreicht, um das nackte Leben zu fristen. Die große Mehrzahl der Arbeiter kann also überhaupt nicht Mitglied eines Konsumvereins werden. Und was erreichen die wenigen, die es fertig gebracht haben? Im günstigen Falle, wenn das Geschäft gut geleiht wird, bei Jahreschluß einige Mark Dividende. Zu einer guten Leitung gehört aber eine gewisse Sachkenntnis, in diesem Falle laienmännliche Kenntnisse, die gewöhnlich, was nicht zu verneinen, die Arbeiter nicht besitzen. Sie müssen also, um eine sachmännliche Leitung zu bekommen, meistens zu Leuten greifen, die ihrem Prinzip diametral gegenüber stehen. Sehr oft sind es dann schiffbrüchige Elemente aus den Reihen unserer Gegner, die aus ihrem Schiffbruch noch einige hundert Mark gerettet haben, um die verlangte Kautions stellen zu können, die dann die Leitung resp. Geschäftsführung in die Hand bekommen. Auf diese Weise befristet dann die Arbeiter heruntergekommenen Existenzen unserer Gegner, was doch gewiß nicht als in ihrem Interesse liegend betrachtet werden kann.

Aber auch nach dieser anderen Hinsicht ist die Idee der Konsumvereine und des Genossenschaftswesens in der heutigen Ordnung der Dinge den Arbeitern schädlich. Nehmen wir einmal an, alle größeren Fabrikräcker errichteten für die Arbeiter ihrer Fabriken Konsumvereine und beschäftigten nur solche Arbeiter, welche in dem für die Fabrik bestehenden Konsumgeschäft ihre Verbrauchartikel entnehmen. Was wäre die Folge davon? — Die Arbeiter wären gezwungen, wollten sie die Arbeit nicht einbüßen, ihre Waren da zu entnehmen. Dadurch erhöhe der Fabrikant ganz genau ihren Konsum und er könnte danach, wie es ihm in den Kramp paste, die Löhne herabsetzen. Das ist keine Utopie, sondern schon heute eine Thatsache. Einige Fabrikanten, die zu solchen Einrichtungen gegriffen, haben die Löhne um joweit gekürzt, als ihre Arbeiter Dölvorne erhalten haben. Hier haben die Arbeiter mithin noch eine direkte Schädigung ihrer Lebenslage durch die Konsumvereine erhalten. Wir wollen weiter auf die Sache gar nicht eingehen, glauben, das Vorgebrachte genügt, um denjenigen ihren Irrtum nachzuweisen, die da meinen, durch Konsumvereine könne die Lebenslage der Arbeiter in heutiger Ordnung der Dinge gehoben werden.

Nicht viel besser steht es mit dem heutigen Genossenschaftswesen. Hier kann, wenn alles gut geht, einzelnen ein kleiner Vorteil erwachen, das Gesamtbild der Gesellschaft wird damit aber nicht im geringsten verändert. Es läßt Ausbeuter und Ausgebeutete weiter bestehen, das Wohl der Gesamtheit kommt auch hier nicht in Betracht. Die Sozialdemokratie will aber nur das Gesamtwohl. Sie will, daß alle Arbeitsmittel Gemeingeitum sein sollen, die privatkapitalistische Produktionsweise aufheben und an ihre Stelle die gesellschaftlich-genossenschaftliche legen. Die Sozialdemokratie ist also kein Freund der Konsumvereine und es ist daher Unsin, wenn, wie dies in letzter Zeit öfters geschehen ist,

von „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen geredet wird. Dieselben sind in Deutschland das Produkt von Schulze-Delitzsch, des Fortschrittspartners, der Ausfluß liberaler Tendenzen. Die Sozialdemokratie hat damit nichts zu thun.

Kundschau.

In der Reichstags-Sitzung am Montag begann die erste Beratung über das Finanzreformgesetz mit einer einleitenden Rede des Schatzministers, welche keinerlei neue Gesichtspunkte bot. Nach der Rede verlas Abg. Lieber eine von der Fraktion der Zentrumspartei festgestellte Erklärung und sprach sich dann in längerer Rede für und zuwider gegen die geplante Finanzreform aus. Abg. Nicker sprach gegen den Entwurf und konstatierte, daß nach der Lieber'schen Erklärung der Entwurf zur Zeit für abgehan zu erachten sei. Nicker konnte auch nicht unterlassen zu betonen, daß er es nicht bereue, für die Militärvorlage gestimmt zu haben, er werde aber davon nicht abgehen, daß die entsetzlichen Lasten nicht auf die schwachen Schultern abgewälzt würden (?). Finanzminister Miquel ergriff sich darauf in längeren Ausführungen über die absolute politische Notwendigkeit eines solchen Gezeugetwurfs. Er wolle auch mit sich handeln lassen und zuwieben sein, wenn weniger als 40 Millionen an neuen Steuern zur Dotation der Einzelstaaten bewilligt würden. Graf Limburg-Stürum war ganz der Ansicht des Finanzministers. Die Diskussion wird am Dienstag fortgesetzt, wobei unter Gen. Schippel den Standpunkt der Partei wahre wird.

Nach einem Reichsvereinsgesetz verlangt die Berliner „Volkszeitung“, indem sie schreibt:

Nach der Reichsverfassung (Art. 4, Ziff. 16) kommt dem Reiche die Gesetzgebung und Aufsicht über das Vereinswesen zu. Bis jetzt fehlt uns aber leider noch ein Reichsvereinsgesetz. In Preußen ist noch immer für das Vereins- und Verammlungsrecht die preussische Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 und die gänzlich veraltete „Verordnung über die Verfassung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Verammlungsrechts“ vom 11. März 1850 maßgebend. Durch eine kürzlich erfolgte Entscheidung des Kammergerichts ist erwandte Verordnung noch ganz erheblich verächtlicht worden! Nach dieser Entscheidung steht den Frauen kaum noch ein Recht zu, sich über öffentliche Angelegenheiten zu versprechen. Schon § 8 des Vereinsgesetzes bestimmt, daß Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, keine Frauen und Mädchen als Mitglieder aufnehmen dürfen. Für den Begriff des Vereins war nach den bisherigen Entschcheidungen der höchsten Gerichtshöfe eine Leitung absolut erforderlich. Das Kammergericht entschied nun fälschlich, wie uns mitgeteilt wird, anlässlich eines Prozesses gegen eine Frauenagitationskommission in Düsseldorf, die weder eine Vorrede, noch Schriftführerin z. bezah, daß eine solche Kommission auch ohne Leitung als Verein anzusehen sei. Unter Verein verstand

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.
(Nachdruck verboten.)

Ein welligendes Gesicht Lazareffs war die Antwort. „Was soll das?“ frag Vorodin. „Dummkopf Du!“ rief der andere, immer noch lächelnd, „so redest Du als russischer Offizier! Bist Du denn ganz von Sinnen? Ich kenne Leute, die wegen geringerer Vergehen in den Kerker der Peter-Pauls-Festung verbannt sind, als Ihr sie in Eurem Klub getrieben habt!“ „Leider ist das richtig“, murmelte niedergeschlagen der junge Mann. „Unseliges System, das die Verbrecher züchtet, hat sie auszurotten. Was ist da zu thun?“ „Er lenkte nachdenklich den Kopf.“ „Aber woher weißt Du überhaupt von der Sache?“ wandte sich gleich darauf mit plötzlich erwachtem Mißtrauen an den Freund. „Mein Vater ist nicht unsonst Gouverneur von Tobolsk“, erwiderte dieser mit wichtiger Miene. „Uebrigens ist es nicht viel, was ich weiß. Die Polizei hat eine anonyme Mitteilung erhalten, worin die Namen der Bundesmitglieder genannt sind.“

„Auch der meine?“
„Auch der Deine.“
„Wenn ich das wohl —“
„Denn morgen.“
Vorodin fing an, sehr nervös zu werden. Unruhig rückte er auf seinem Sessel hin und her, warf häufig ängstliche Blicke nach der Thür, trommelte mit den Fingern oder dem Köpfel auf der Marmortafel des Tisches. „Am Teufel!“ lächelte er endlich, als Selbstbeherrschung waghend und seiner Furcht vollen Ausdruck verleiend. „So bin ein verlorener Mann!“

„Schrei doch nicht so“, ermahnte Lazareff. Dieser Mahnung bedurfte es nicht, der junge Mann war so sehr vor dem Schall der eigenen Stimme erschrocken, daß er dieselbe jetzt zu einem Flüstern dämpfte, das insolge der in ihm tobenden Aufregung fast heiser klang. — „Wann, denkst Du, sind Schritte —“

Lazareff zuckte die Achseln. „Aber weißt. Je eher Du handelst, je besser.“

„Aber was soll ich denn thun, Lazareff? Ich bin ein armer Soldat, ohne Protection, ohne Macht, ohne Mittel. Rate mir, lieber Freund, stehe er jammern.“ „Hilf mir — soll ich stehen und die anderen warnen?“ „Ihre beides und Du bist verloren!“ rief der Sohn des Gouverneurs von Tobolsk. „Nur, man würde Dich morgen schon eingekerkert haben und in beiden Handlungen unumstößliche Beweise Deiner Schuld erbüden.“

„Geh!“ — ja — Du hast recht.“ Vorodin gab den Plan so rasch auf, wie er ihn gefaßt hatte.

„Das Mindeste, was Dich treffen könnte“, sprach Lazareff weiter, „ist, daß man Dich mit Schimpf und Schande aus dem Heere stößt.“

Der junge Offizier stöhnte laut. „heiliger Gott! Ich habe eine Mutter und drei Geschwister zu versorgen.“

Lazareff beobachtete ihn lauern. „Ein Mittel giebt es, allen Verdacht von Dir abzuwenden“, sagte er dann in so langamer, gedehnter Weise, als erzwang er nur obem alle Möglichkeiten des Falles und zweifelte selbst an der Ausführbarkeit seines Vorschlags.

„Welches?“ fragte gespannt Vorodin, der bereit schien, mit beiden Händen nach jedem Strohhalm zu greifen.

„Es ist leicht, was Du anwenden könntest“, fuhr der Besorgene lauern fort. „Warum nicht?“ drängte der andere. „Wenn Du ein

Mittel weißt, so ist es in Ermangelung eines Besseren gerade gut genug.“

„Werde nur erst ruhig“, beschwichtigte ihn Lazareff mit der Herzlichkeit eines besorgten Freundes. „Trink ein paar Gläser Kognak, diese geben Mut und Entschlossenheit.“

„Du hast recht.“ Vorodin trank rasch hintereinander mehrere Gläser des hitigen Getränkes.

„Dein Mittel, Dein Mittel!“ drängte er. Lazareff bestete fest die Augen auf den ununiformierten Freiling und sagte dann gedämpft, aber doch laut genug, daß ein unbefangener Zuhörer als der Offizier den Hohn und die Verachtung herausgehört hätte, die in seinen Worten lag:

„Du gehst hin und zeigst die anderen an?“ Vorodin fuhr empört auf: „Ich meine Freunde verraten? Niemals!“

„Du sagst, Du hättest Dich nur an dem „Bund“ beteiligt, um Umgebungen zu machen.“

„Als Spion? Niemals!“

Der junge Mann schrie so laut, daß Lazareff zornig seine Hand presste. „Schrei doch nicht so. Ich hab Dir ja nur den einmigen Weg andeuten wollen, der zu Deiner Rettung führt. Natürlich meine ich nicht im Ernst, daß Du ihn einschlagen sollst. Freilich bist Du dann verloren — armer Freund.“

Was ich für Dich thun kann, durch meinen Einfluß oder vielmehr den Einfluß meines Vaters, wird gehen werden. Aber — es dürfte wenig genug sein. Wo unsere Polizei revolutionäre Ideen wittert, oder das, was sie dafür hält, verweist sie keinen Späß. Deine arme Mutter!“

(Fortsetzung folgt.)

liche staatsrechtliche Bedenken. Eine wirkliche Finanzreform läßt sich vor allem durch Sparmaßregeln im Reichsbudget anbahnen. Auf diese müssen wir hinwirken. Sollten Sie die Pflicht haben, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, so haben wir nichts dagegen, und werden aber nicht ohne weiteres eine Vorlage bewilligen, die nach fünf Jahren von neuer Reichsgebühren über den Nutzen geworfen werden kann. (Beifall im Zentrum und links.)

Hg. Richter (freiz. Vereinig.): Auch ich bin ein Gegner der Vorlage und werde sie unter keinen Umständen annehmen. Ich glaube, auch der preussische Finanzminister betrachtet sie heute als erledigt. Die 100 Millionen, welche für die Militärvorlage bestimmt werden, werden wir eben in dem heutigen Reichstage nicht erhalten. Ich hoffe sogar, bei dem Abschlusse im Reichsbudget wird Graf Limburg-Sturum, wie schon in der Kommission, so auch im Plenum die Jahre vorantagen und so dem Wunsch des Vordrängers entgegenkommen. Ich behaupte nicht, für die Militärvorlage gestimmt zu haben, aber ich werde getreulich die Fuzüge halten, daß die minder leistungsfähigen Schutten nicht getroffen werden sollen. Bei den uns vorgelegten Steuerentwürfen hat die Regierung doch nur bedacht, daß sie keine Fälligkeit mit der Volksstimmung hat. Für die Finanzreform werden sich kaum noch Mitglieder erheben, wie feierlich für das Tabakverbot. Was verlangt man jetzt auch mehr für die Militärvorlage, als man im Sommer angenommen, warum noch darüber hinaus 40 Millionen? Im gegenwärtigen Moment liegt dazu sicher kein Anlaß vor. Wir können uns auf andere Weise helfen. Wir brauchen die Militärvorlage nicht dauernd als Deckungsmittel in Aussicht zu nehmen, aber als Nothbehelf sind sie uns willkommen. So lange wir nicht das konstitutionelle Recht einer beweglichen Steuer haben. Ohne dieses Recht werden wir auf die Dauer nicht auskommen. Die Vorauszahlungen über die Verhältnisse des Reiches und die Einzelstaaten müssen und doch häufig machen. Der Vorgänger des Staatssekretärs hat sich anders über die voranschreitenden Entwürfe der Zölle und Verbrauchssteuern geäußert als der jetzige Staatssekretär, diesen nicht allerdings jetzt tapfer der preussische Finanzminister Dr. Miquel zur Seite, von dem vor zehn Jahren noch kein Reich geglaubt hätte, daß er der Einführung der „Reinigung“ werden könnte. Selbst die Parteigenossen des Herrn Miquel haben sich gegen diese Finanzreform ausgesprochen, so die deutsche Partei in Württemberg und ein Teil der Nationalliberalen in Baden. Der Reichssekretär sagt, wir hätten keine besseren Vorschläge gemacht. Wir haben aber doch die Aufgabe der Ausgaben beim Brauereiwesen vorgeschlagen, und wenn auch der Staatssekretär sich dagegen auf die Vorlage der Landwirtschaftsbeiträge und uns das Jagen eines nicht genannten Landwirts angeheißt hat, so kann ich nur neuerlich den Wunsch aussprechen, daß wenigstens hierfür eine unparteiische Kommission niedergeletzt werde, um die Verhältnisse zu prüfen. Das Geld dazu würde ich gern bewilligen, die Vorlage selbst nicht, und ich würde die Kommission zu verweisen, in zweiter Lesung gleich im Plenum zu erledigen.

Preussischer Finanzminister Dr. Miquel: Im preussischen Abgeordnetenhause sind alle Parteien mit Ausnahme der beiden rechtlichen Fraktionen für eine Reichsfinanzreform angetreten. Herr Dr. Weber hat sich als unwillkommener Anwesender nur jetzt nicht für opportun gehalten. Herr Richter erklärte die Weinsteuern für verwerflich, aber er vergißt, daß die Weinsteuern direkt aus dem Volke gefordert worden ist als ein notwendiges Surrogat der anderen Verbrauchssteuern, heute, wo die Agitation es zu begünstigt hat, als ob die Steuer nur von Bäuern, nicht den Trinker treffen würde, stellt sich die Sache allerdings anders. (Hört! hört! links.) Herr Richter empfindet wieder die direkten Steuern. In dieser Beziehung können wir aber doch keinen Zwang auf die Einzelstaaten ausüben, die zum Teil selbst noch keine direkten Steuern haben. Warten können wir aber mit der Deduktion der Beiträge des Reiches auch nicht. Wir haben doch eine stetige Steigerung der Reichsbeiträge, und das Verhältnis der Militärbeiträge zu den Ueberweisungen wird sich von Jahr zu Jahr verschlimmern, damit aber auch das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich. Das Defizit wird eben immer durch Anleihen gedeckt werden müssen, entweder im Reich oder in den Einzelstaaten. Ich habe mich, wenn auch schwerer Herzens, dazu entschließen müssen, den hier vorgeschlagenen Schritt zu bekräftigen. Andernfalls würden sich die Einzelstaaten nicht davon scheuen können, daß die Uebertragungen des Reiches auf die Einzelstaaten abgelehnt werden. Ein Zustand aber, daß einer die Ausgaben bewilligt, die Deduktion der Kosten aber dem anderen überläßt, ist auf die Dauer unhaltbar. Gerade die brandenburgische Kammer wollte sie feierlich eine Grenze ziehen, und es sind somit die verbundenen Reintungen, die ihre Gedanken vertreten. (Waden links.) Die Ueberweisung derselben waren eben die Ueberweisungen. Herr Dr. Weber meint nun, die verbundenen Reintungen hätten sich damit begnügen sollen, die Deduktion für die Militärvorlage zu fordern. Es ist aber durchaus nicht unsere Pflicht, Steuern auf Vorrat zu bewilligen, wir haben nur Vorseorge zu treffen, um die Bedürfnisse des Reiches zu decken, ohne die Reintungen der Einzelstaaten in Angriff zu nehmen. Auf solche Grundfragen kann man ein modernes Reich nicht stellen. Eine geordnete Finanzverwaltung in den Einzelstaaten wäre sonst nicht möglich, sie müßten denn einen Teil ihrer Kulturaufgaben unerfüllt lassen. In ganz Deutschland geht darum auch das Gefühl dahin: So kann es nicht weiter gehen! (Sehr richtig! rechts.)

Und dieses Gefühl wird noch viel lebhafter werden, nachdem wir diese Vorlage gemacht. Die Regierung hätte jedenfalls ihre Pflicht gegen sich und die Einzelstaaten verjagt, hätte sie diesen Vorschlag nicht gemacht. Nehmen Sie ihn an, so trifft die Verantwortung dafür nicht die Regierung, und ich bin überzeugt, sie wird auch wieder kommen müssen. Die verbundenen Reintungen tragen eben auch in der Zukunft die Verantwortung. Wenn die Ueberweisungen befristet zurückgehen, woher sollen denn die Einzelstaaten die Mittel nehmen, um die Bedürfnisse des Reiches zu decken? Ignorieren können wir die Verhältnisse der Einzelstaaten nicht, sonst können wir in die Gefahr, daß die Einzelstaaten im Gegensatz zum Reich kommen. Man würde vor immer mehr die Zahl als den Segen des Reiches empfinden. Das Geld soll nichts schaffen als eine Art Ausgleichsfonds zwischen dem Reich und den Einzelstaaten. Dadurch schaffen wir einen besseren Ausgleich als durch bewegliche Steuern, die zu schaffen im Reich überaus schwierig ist, da wir hier nur direkte Steuern haben. Man hat ja früher einmal den Versuch gemacht, die Zölle beweglich zu gestalten, man hat aber davon absehen müssen.

Unser Vorlage bestimmt über alle Mehreinnahmen. Nachdem vorher 40 Millionen an die Einzelstaaten bezahlt sind, wird der Ausgleichsfonds bewilligt. Jeder im Einklang mit dem Gesetz. Was bleibt übrig von Steuern auf Vorrat? Nach dieser Richtung ist so klar vorgehehen, daß eigentlich die Reichsverwaltung ihrerseits Bedenken gegen das Gesetz haben müßte, da notwendige und mögliche Ausgaben verhindert werden könnten. Der Versuch, die Zölle beweglich zu machen, ist in England gescheitert, die Einführung der direkten Steuern im Reich ist unmöglich, das hierauf abzielende Programm sieht zwar sehr wohlwollend aus, ist aber nichts als ein verbrämtes „Nein“. Sie müssen die Vorlage doch annehmen, wenn nicht heute, so morgen; sie wird wieder kommen ohne Zweifel, und ich sehe den Zeitpunkt kommen, wo sie der Reichstag selbst verlangen wird (Waden links), aber sie verlangen uns. Ein Gesetz selbst nur auf kurze Zeit aufzuschieben, betrifft dessen alle verbundenen Reintungen einig sind, das auf einer klaren Erklärung beruht und Uebelstände abheben will, die sich noch immer vergrößern werden. Ist eine verantwortliche Sache auch für Sie. (Zurück links: Waden links.) Sie werden die Zustimmung aus, daß Ihre Verhältnisse das Vaterland, das Reich und die Einzelstaaten vor Schaden bewahren mögen. (Beifall rechts.)

Hg. Graf zu Limburg-Sturum (kon.): Eine Finanzwirtschaft, wie wir sie bisher gehabt haben, ist ferner nicht möglich, darüber herrscht Einverständnis. Aber der politische, noch die finanzielle Ruud der brandenburgischen Kammer wird unter den heutigen Umständen, in denen die Militärbeiträge die Ueberweisungen überlegen, erreicht. Der vorgelegte Entwurf ist lediglich eine andere Einleitung der brandenburgischen Kammer. Eine Reichsfinanzreform ist eine Unmöglichkeit, nachdem die Ueberweisungen der Reichsbeiträge im Reich selbst nicht möglich werden sind. Ich verstehe die Haltung des Zentrums; denn diese Vorlage ist das schärfste Kompelle für Schaffung neuer Reichseinnahmen. Aber die Herren werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß neue Einnahmen notwendig sind. (Beifall rechts.)

Die Beratung wird nunmehr vertagt auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

General-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fischer etc. (E. G. Nr. 3 Hamburg).

Am Donnerstag morgen wurden die Verhandlungen um 9 Uhr unter dem Vorsitz von Derbe-Sannover wieder aufgenommen und in der Spezialberatung der gestellten Anträge fortgesetzt. In erster Linie wurde der § 19 und die dazu gestellten Anträge, auf die Ueberweisung der Kassenbestände, welche die Ueberweisung des Antrags, denselben jede Ueberbestimmung zu verbieten, wurde abgelehnt; dagegen gelangte ein Antrag zur Annahme, welcher lautet: „Die bei der Sanpververwaltung gegen Gehalt angestellten Beamten dürfen keine Ueberbestimmung treiben, wodurch die Kasse finanziell oder im Ansehen, nach Ansicht des Vorstandes und Ausschusses, geschädigt wird.“ Nach einem weiteren Beschluß wird in Zukunft der Rückzug nicht mehr aus 9, sondern aus 5 Personen bestehen. Auch ein Vorstandsbeitrag gelangte zur Annahme, welcher eine Ungleichheit zwischen der Zahl der Vertreter bei einer „ordentlichen“ und einer „außerordentlichen“ General-Versammlung beseitigen soll. Nach einer Pause erörterte dann Derbe-Sannover dem Bericht der Finanz-Kommission über die rechnerischen Verhältnisse der Kasse und empfahl derselben namens der Kommission folgenden Antrag:

„Nach den Rechnungsabzählungen der ersten 2 Quartale 1893 ergibt sich voraussichtlich ein Jahresanhang an Krankentrentleistungen von 1.716.688 M.“

Die Kasse in dem bisherigen Statut war 1 zu 28 stipuliert, während die Kommission beantragt, 1 zu 25 festzusetzen, wie in der Berechnung der Vorstands-Vorlage, wodurch eine Ueberausgabe von 165.508.30 M. erzielt würde. Ferner würde durch Wegfall des erhöhten Krankengeldes an die doppelt Versicherten eine Summe von 108.765.80 M. mithin zusammen 274.273.90 M. gepart werden. Es ist nun nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Reservefonds von 201.000 M. anzuschließen, außerdem eine Unterbilanz von etwa 50.000 M. zu bedenken, also in Summa 251.000

M. Die Kommission beantragt daher die Annahme der angeführten Kasse, sowie Erziehung des erhöhten Krankengeldes für die doppelt Versicherten; außerdem beantragt die Kommission, Arzt und Apotheker für die ersten 13 Wochen zu gewähren, während das volle Krankengeld für die ersten 26 Wochen ganz, für die folgenden 26 Wochen jedoch nur zur Hälfte gewährt werden soll. Eine Ueberänderung in der Zahlung der Beiträge wird nicht beantragt.

Gegen die im letzten Absatz dieses Antrags geforderte Entziehung des erhöhten Krankengeldes sprach zunächst der Delegierte von Nürnberg, welcher von dem Cheminger Delegierten unterstützt wurde, der die Entziehung als ein Verbrechen an den doppelt versicherten Mitgliedern bezeichne. Kassierer Jakob stellte nochmals die Vorstands-Vorlage in den Vordergrund und bekräftigte in Folge der Annahme der Kommissions-Vorlage die Ausschaltung des vollen Krankengeldes auf nur 13 Wochen. Nachdem Hahnmann-Braunschweig erklärt hatte, nicht nur die Hälfte, bei Kranken, sondern auch an die Gehenden zu denken, stellte Derbe-Sannover den Antrag, die Aufnahme in eine höhere Klasse von 45 auf 50 Jahre zu erweitern. Hiernach trat eine Mittagspause ein.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen lag ein Protest von 31 Mitgliedern vor, welcher eine nachmalige Abstimmung darüber, ob die Kasse nicht doch in eine Zukunft umzuwandeln sei, bezweckte. Begründet wurde der Protest damit, daß die Erwartung gehegt worden sei auf Auffindung eines annehmbareren Vortrages betreffs Deduktion des Defizits. Die nachmalige vorgenommene Abstimmung ergab 26 Stimmen für Umwandlung in eine Zukunftskasse, während 36 Stimmen für Erhaltung in der jetzigen Form abgegeben wurden, so daß also doch die letztere Ansicht die Majorität besitzt. — Hiernach wurde wieder in die Debatte der vorliegenden Anträge eingetreten. Ein Delegierter gab seiner Meinung Ausdruck, daß es ihm fast erchiene, als ob man die doppelt Versicherten zum Austritt zwingen wolle, außerdem sprach der Redner gegen das bisher aufgetauchte Projekt der dreifachen Krankenzins. Nachdem dann noch ein detaillierter Rechnung vorgelegt war, welche die Kommission bei ihren Arbeiten als Maßstab für die Höhe der aufzubringenden Beiträge geltend hatte und außerdem eine Anzahl Redner für und gegen die Anträge gesprochen hatten, wurde der Antrag des Vorstandes mit 68 gegen 5 Stimmen abgelehnt, der Kommissionsantrag mit 47 gegen 26 Stimmen aber angenommen. — In der Beratung der Spezial-Anträge zu den Finanzparagrafen wurde der in der Normativ-Sitzung gestellte Antrag, für diejenigen, welche in eine höhere Klasse eintreten wollen, die Altersgrenze von 45 auf 50 Jahre zu erhöhen, angenommen. Bedenkenwert ist noch ein Antrag von Buchwald-Stettin, wonach demjenigen Kranken Mitgliedern, welche keine Angehörigen haben, und die gewöhnlich nicht, sich in einem Krankenhause heilen zu lassen, der etwaige Ueberfluß, wenn die Verpflichtungen nicht die Höhe des zu zahlenden Krankengeldes übersteigen, zu Gunsten der Krankenkasse zu verwenden. In Ausführung dieses Antrags stellte der Vorstand den Antrag, auch demjenigen, der aus einem Krankenhause entlassen, wo kein Ueberfluß gewesen ist, pro Woche 1 M. zu zahlen. Auch dieser Antrag fand Annahme.

Zur Arbeiterbewegung.

Die in der Artilleriewerkstatt in Sandau beschäftigten Sattler hielten am 24. d. M. eine Versammlung ab, um die gewerkschaftliche Organisation zu erörtern. Sattler Sagenbach sprach über das Thema: „Sind für den Arbeiter der Staatsverhältnisse die gewerkschaftliche Organisation überflüssig?“ Die auf beschlossene Beschlüsse nach folgende Resolution einstimmig angenommen. Die heute tagende Versammlung der in der königlichen Artilleriewerkstatt beschäftigten Sattler verlangt, daß man ihnen das Recht gewähre, sich ihrer Organisation anzuschließen. (Man sollte meinen, das Koalitionsrecht sei den Arbeitern gesetzlich garantiert, wie aber die vorstehende Resolution beweist, ist das nicht der Fall. Es ist das zwar nicht Neues, aber es ist ganz gut, wenn an hervorragenden Beispielen besonders daran erinnert wird. Red. d. B.)

Die Tabakarbeiter von Ludwigsburg (von der Firma Ottenheimer Söhne), welche die Arbeit infolge von Lohnunterschieden niedergelegt haben im Einverständnis mit ihren Kollegen von Sittagart-Berg, Gannstatt und Fenebach beschloßen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis nachfolgende Forderungen von der Firma genehmigt sind: 1. Sämtliche bis dato bezahlten Freize werden weiter bezahlt. 2. Von den ausgetretenen Arbeitern werden sämtliche wieder eingeleitet; Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 3. Von den jetzt im Zustand befindlichen Arbeitern, inbegriffen diejenigen, welche entlassen wurden, darf keinen vor Ablauf eines Vierteljahres gefällig werden.“ Ferner wurde eine Kommission gewählt, die mit den Betriebsleitern im Namen der Streikenden verhandeln sollten. Diese wurden aber von leiten der Unternehmer nicht anerkannt; jeder Arbeiter solle einzeln kommen. Der Streik dürfte jedoch noch nicht beendet sein.

Wegen Wahrung und Bestimmung, sowie folgender Kündigung von Verbandsmitgliedern haben die Schneider in Davos (Schweiz) die Arbeitsperre über die Firma Leuthardt u. Co. verhängt.

Bur Konfirmation

empfehlen in außerordentlich großer Anzahl

reinwollene schwarze, Kleiderstoffe, weisse und farbige Leinenwaren,

fertige Wäsche, fertige Unterröcke, Korsetts, Taillentücher, Taschentücher etc.

Verkauf wie bekannt zu sehr billigen festen Preisen.

Jedes am Lager befindliche Stück ist mit deutlicher Preisangabe versehen.

Brunner & Benjamin

23 große Ulrichstraße 23, parterre und 1. Stage.

Lehales und Freiwirtschaft.

Die Arbeiter in der Zuckerfabrik am 2. 30. Januar.
großen Heil als die Arbeiter in der Zuckerfabrik.
einigen Arbeit als die Arbeiter in der Zuckerfabrik.

Stadttheater. Das fünftägige Schauspiel.
Der Roman eines armen Edelmannes von Octave Feuillet geht am Donnerstag
entwird mit Herrn Wind in der Hauptrolle in Szene.

Concordia-Theater. Die nächste Vorstellung ist die
Süßholz, große Hof- und Engelberg in Dresden 30. Mai.

Das Kaiserparanoma in der Verbürgerstraße.
sind einige Wochen die interaktuellen Lebenswissenschaften
auf der Welt durch entsprechende Bilder, dem Verständnis der
Wörter näher bringt, bietet in dieser Woche lebendige
Karten aus Hamburg und dessen nächster Umgebung.

Wegen Mannmangel mußte der Bericht über die
geltige Stadterweiterung in dieser Woche zurückgestellt werden.
Die Hauptbestimmungen an der Schölerger auf dem Steintweg
haben nun doch ermittelt worden und dürfte eine erhebliche
Strafe zu gewärtigen haben, indem ihnen Sanftmütigkeit und
schwere Körperverletzung, eventuell wenn der in Klamm
beforderte Schloffer Buch seinen Wunden erliegen sollte, auch noch
Zwölfzig

zur Last gelegt wird. Am meisten belastet sind: Maurer Völler,
Steiniger Säge, Gelbiger Bartholomäus und Dackeder
Schumann. Einige der Beteiligten sind in Haft.
Ein unglücklicher Unfall ereignete sich mit der Arbeiter
Sandring auf einem Neubau der Grünstraße. Derselbe war
bedürftig, Wasser in die höheren Etagen zu befördern, wobei er
infolge eines Fehltritts durch zwei Stodwerke herunter fiel und
bewußtlos vom Blatte getragen werden mußte. Es mußte unter
diesem Umständen die Unterbringung des Mannes in der Klinik
erfolgen.

Mietleben. Unter dem Rindviehbestande des Gutes Granau
bei Viethleben ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche
entdeckt und deshalb das Treiben von Rindvieh, Schafen
und Schweinen durch die Ortsgemeinden Viethleben, Acherden,
Vielau, Dolau, Klein, Kröllitz und Giebichenstein und deren
Gebirgsflächen bis zum 1. Februar verboten worden. Die
Wachführung von dem genannten Ortsgemeinden darf nur mit
polizeilicher Erlaubnis vorgenommen werden.

Verurteilung. Auf der Tour von Weisweil nach hier sprachen
gerien vormittag in der Nähe der „Glocke“ vor Waldröder
den Führer eines beladenen Wagens um losgetretete
Misthaufen an, die jedoch mit Misthaufen auf die höhere
Erde und den Umstand, daß man gefüllte Misthaufen nicht
gegen fremden Menschen zu Daraufliegen überläßt,
verweigert wurde. Als das Geschick bald darauf am
Gehobenenübergebe bei Veuna anlangte, bemerkte der
Schwärmer, daß von dem Wagen herab Misthaufen
herabfiel und machte den Anstand darauf aufmerksam. Bei
näherer Untersuchung ergab sich, daß drei von den hintersten
Säcken zerbrochen waren und einen erheblichen Teil ihres
Inhaltes verloren hatten. Wahrscheinlich wollten die beiden
„Reisenden“ sich an dem Führer des Wagens für die
Abweilung rächen und sind deshalb zu einer so
verabscheuten Handlung übergegangen. Jeder von
denenbenen nichts mehr zu sehen und dürften
diesbezügliche rechtzeitig einen von der
Gehilfe abwärts führenden Weg eingeschlagen haben.

Aus dem Reichsgericht.

1. Leipzig, 29. Januar. Das Reichsgericht
hat den Revisionsbeschluß des 1. Obergerichtes in
Gotha, welcher vom Landgericht in Altenburg
gegen die Verurteilung des Landgerichtes
Meiningen zu 4 Monaten Gefängnis
verurteilt worden war.

Nah und Fern.

Ein Flüchtling erschossen. Breslau, 29. Januar.
In Bries wurde von einem
Kedulten des 1. Obergerichtes in
Gotha, welcher aus der
Gefangenensankt entlassen
wurde, erschossen.

Protest gegen die Knechtung der Männer.
Aus Schlesien, 29. Januar.
Künftig wurde von dem
Borgeren der Damen der
weirlichen und Reine
berichtet. Die
führten die
Kästen der
Wagen beim
Magistrat
Befehle über die
lebige Knechtung
ihrer Ehegatten, die
bis nachts um
die zwölfte
Stunde und
noch länger in
den Wirtschaften
sich
herumtrieb, ihr
Geld
vertrödelten
z. B.
Magistrat
sollte
Hilfte
schaffen, die
Vokale um
10 Uhr
schließen
oder
sonstwie
die
überliche
Mannschaft
zur
Erdrung
und
Kation
bringen.
Was
die
weirliche
Stodbestände
durch
den
Wunsch
der
sornigen
Gartinnen
zu
genügen,
wissen
wir
nicht.
Wohl
aber
hat
das
Beispiel
der
gestrigen
Befehlsmänner
in
Schlesien
Nachahmung
und
war
erfolgreiche
Nachholung
gefunden.
Eine
am
19.
Januar
in
Lahn
ausgefingelte
polizeiliche
Befehlsmannschaft
lautet
nämlich:
Nachdem
lebens
einiger
Frauen
in
Lahn
unter
dem
gelteigen

Datum bei der hiesigen Polizeiverwaltung
Befehle
gefaßt
worden,
daß
jeder
Ehemann
alltags
bis
in
die
frühen
Morgenstunden
in
den
Schaufstätten
sigen
und
so
das
häusliche
Leben
erschwerlich
wird,
wird
hiermit
verordnet,
daß
die
Schaufstätten
abends
um
10
Uhr
geschlossen
werden
und
kein
Einer
darinnen
verweilt.
Die
Polizeiverwaltung
und
Gehilfen,
auf
die
Beachtung
dieser
Befehlsmannschaft
zu
achten
und
Zuverlässigkeit
zu
wachen
zu
bringen.
Bahr.

Standesamtliche Nachrichten.

Paare, den 29. Januar.

Aufgeboten: Der Kaufmann Robert Koch und Selma
Mühlmann.
H. Berlin 2. und Sternstraße 4.
Der Apotheker Paul
Frischer und Hedwig Weingarten (Meiningen).

Scheidungen: Der Bäcker Andreas Stetler und Bertha
Friedrich (Lilienthalstraße 1).
Der Auszubehrender Hermann Lucas
und Anna Elze (Wolffstraße 15).
Der Maurer
Bernhard Dietz und Marie Berger (Friedenplan 4 und
Feldstraße 3).

Geboren: Dem Sanftarbeiter Wilhelm Kühne eine T.
Auguste
Luise (alter Markt 19).
Dem Schloffer Adolf Koch eine T.
Therese Minna (Schillerstraße 11).
Dem Kaufmann Hermann
Scheune ein S. Ernst Friedrich (Turnstraße 10).
Dem Schneider
Hermann Steinbecker ein S. Friedrich Hermann Wille (Friedenstraße
18).
Dem Schloffer Louis Möhre eine T. Ida Minna
(gr. Märkerstraße 7).
Dem Stenographen Hermann Krause eine T.
Charlotte Marie Emma (gr. Wallstraße 11).
Dem Schmied
Franz Koch eine T. Ida Gertrud Elisabeth (Medelstraße 13).
Dem Schneider Albert Wecker eine T. Anna Margarethe
Sperrenstraße 7).
Dem Schloffer Adolf Sträß eine T. Martha
Luise Gertrud (Turnstraße 15).
Dem Lehrer Alwin Freund ein S.
Wilhelm Alwin Rudolf (Schillerstraße 22).
Dem Handlungslehrling
Hermann Sasse eine S. Pauli Gertrud (gr. Berlin 6).
Dem
Sanftarbeiter Ernst Wilsch eine T. Emma (Schmiedstraße 26).
Dem
Schneider Wilhelm Richter ein S. Friedrich Wille (Springerstraße
28).
Dem Instrumentenmacher Hermann Müller eine T.
Elisa Marie (gr. Märkerstraße 3).
Dem Tischlermeister August
Böttcher ein S. August Richard Kurt (Schillerstraße 20).
Dem
Geldwechsler Karl Weidlich ein S. Paul Otto (Wächterstraße 43).
Drei unehel. S. Zwei unehel. T.

Gestorben: Der Sanftarbeiter Karl Vinzmann 61 J. (Magdeburgerstraße
46).
Des Botenleis Wachtmeister Wilhelm Kirchhoff T.
Erna 25 J. (Schweinfelderstraße 41).
Therese Gramann, 23 J.
(Klinik).
Der königl. Hofmusikdirektor Fritz Hofe, 33 J.
Die
Hilfswärterin Luise Schwente geb. Jäger, 62 J. (Klinik).
Der
Fahrbetriebsrat
Mar Segner, 41 J. (Zähringerstraße 20).
Des
Sotomontiden
Mar Augustin Gehrau Luise geb. Jostich, 26 J.
(Medelstraße 16).
Des Sanftarbeiters August Strenz S.
totgeb.
(4. Weirstraße 6).
Marie Feldmann, 34 J.
(alte Promenade 13).
Die
Witwe
Wilhelmine Franke geb. Thomas, 77 J.
(Klinik).
Der
Wirtschaftsmeister
Gottfried Landung, 68 J.
(Kleinbergstraße 86).
Des
Verkehrsamt-
Schnittpf.
Adolf Hippel, 65 J.
Walter 1 J.
(Blumenhaldestraße 24).
Des
Dienstmanns
Hermann Koch S.
Otto,
1 J.
(Trommlerstraße 31).
Des
Dachdeckermeisters
Emil
Jungferm S.
Kurt, 3 J.
(Bergstraße 2).
Des
Schneiders
Andreas
Banger T.
Gertrud, 2 J.
(Wölberstraße 4).
Des
Arbeiter
Albert
Schumann S.
Albert, 3 J.
(Klinik).
Des
Bismarckmeisters
Dito
Schonborf
Gehrau
Helene
geb.
Schoder,
39 J.
an
der
Schwemme 2).
Der
Sanftarbeiter
Karl
Lodemann,
46 J.
(Unterplan 8).
Des
Eisenbahn-Büreauarbeiters
Richard
Grothum
T.
totgeboren
(Kreuzbergstraße 16).
Des
Sanftarbeiters
Walter
Steitel
S.
Arthur, 2 J.
(Klinik).
Der
Arbeiter
Andreas
Gerke,
65 J.
(Klinik).
Der
Schuhmachermeister
Friedrich
Köhler,
63 J.
(Klinik).
Ein unehel. T.

Für die Redaktion verantwortlich: Richard Ilge in Halle.

Achtung! Former! Achtung!
Donnerstag den 1. Februar abends 8 1/2 Uhr in Lokal „Galloria“,
Brüderstraße 2 (G. Müller)
**öffentliche Versammlung der Former,
Kernmacher und sonstigen Berufsgenossen
von Halle und Umgegend.**
Tagesordnung: 1. Der Streik der Former Mühlbergs. 2. Berichtsbrosch.
Um jährliches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Oppin.
Sonntag den 4. Februar nachmittags 2 Uhr im Kassenlokal
**General-Versammlung der Krankenkasse der Maurer,
Zimmerer und Berufsgenossen.**
Tagesordnung: Beschlußfassung über Vornahme einer Veränderung im
Nachtrag zum neuen Statut.
Um jährliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Gesang-Verein „Liederkranz“.
Montag den 5. Februar ab. abends 8 Uhr im Neuen Theater
Maskenball.
Sitzu label freundlichst ein Der Vorstand.

Concordia-Theater.
Freitag den 2. Februar findet in den festlich
decorierten Sälen des Concordia-Theaters
**großer öffentlicher
Masken-Ball**
mit vielen Ueberraschungen,
gr. Präsentverteilung und Loseylotterio
statt.
Näheres durch die Anschlagtafeln. Die Direktion.
Restaurant zum Eisenhammer, Streiberstraße 6.
Wittwoch den 31. Januar
erstes gr. Schlachtfest mit musikal. Unterhaltung.
Um reger Teilnahme ladet ein Otto Mittag.

Als Geburtstags-Geschenke!
Märchenbuch
für die Kinder des Proletariats.
Von Baake.
Preis 1 Mart.
Zu beziehen durch Die Volksbuchhandlung,
Bölbergasse 1.

G. Pauly,
Halle a. S., Thüringerstraße 16, Fernsprecher 199,
empfehllich sich zur Lieferung von
Brennmaterial
jeder Art frei Gefaß.
Vorzügliche Ware. - Prompte Bedienung.
Besatz und für die Interate verantwortlich: H. g. B. Halle. - Druck der Halleischen Gesellschafts-Buchdruckerei (E. W. m. B. S.). Halle.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Wittwoch den 31. Januar.
134. Vorstellung. 100. Abonn.-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.
Siegfried.
Zweiter Tag aus Trilogie. Der Ring
des Nibelungen in drei Aufzügen von
Richard Wagner.

Concordia-Theater.
Donnerstag den 1. Februar.
135. Vorstellung. 101. Abonn.-Vorstellung.
Ein armer Edelmann.
Diensttag den 30. Januar.
Zum 4. Male:
Unsere Don Juans.
Wittwoch den 31. Januar.
Ein kleiner Dämon.
Lustspiel.
Sitzu label
Sachsen in Arzhausen.
Lustsp.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Die **Freiische Ballett-Gesellschaft**
(neun Damen). - **Brothers Paxton,**
Bronze-Cladatoren. - **Dr. Alberti**
und **Locher,** gemäßigtes-entworfene
Ballette-Altkoräle. Die beiden
Schwärmer Ferno, Kunstschlehterinnen.
Little Alberta, Kunst-Gymnastin
am Neben-Apparat. - **Fräulein**
Silly Wallan, Niedergeringerin und
Hilfswärterin **Dr. Kar** **Schloffer,**
Schaufel, Gefangs- und Charakter-
Komorik.
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Restaur. z. Weltkugel
Merkelburgerstr. 23.
Wittwoch
gr. Narrenfest
mit heiterer Unterhaltung.
Für gute Speisen u. Getränke
ist bestens gesorgt. Sitzu label
ganz ergebend ein **W. Ullmann.**

„Nordstern“ Schiller-
großer Narrenabend.
Sitzu label ergeb. ein **Otto Cassert.**
Seidewitz Restaur.
Delitzscherstraße 8.
Wittwoch
Narrenabend
mit gemüll. Unterhaltung.
Kreßes Restaurant,
Königsplatz 15.
Wittwoch: **großer Narrenabend.**
Alb. Streuber, Thomashofstr. 36.
Wittwoch: **Schlachtfest.**
Alb. Streuber und **Suppe.**
Franz **Wolfschtrabe** 9.
Nachbinderwagen billig
verkauft.
Preiszwanzig 6, 1 r.

Gratulationskarten
in großer Auswahl zu haben in der
Volksbuchhandlung
Bölbergasse 1.

Wintergarten-Theater.
Allabendlich Künstler-Vorstellungen
mit neuen Attraktionen
1. Rang
(s. Anschlagszäulen).
Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang
der Vorstellung 8 Uhr.
Preis der Plätze an Wochentagen:
Saalbillet 50 Pfg., Parquet 75 Pfg.,
Orchesterplatz 1 M.
An Sonn- und Festtagen: Saal-
billet 60 Pfg., Parquet 1 M., Or-
chesterplatz 1.50 M.
Die Direktion.

Formulare
zum
**Austritt aus der
Landeskirche**
gibt gratis ab
Die Volksbuchhandlung,
Bölbergasse 1.

Lederfett
à Schachtel 10 s.
Georg Zeising, Drogenhandlg.

Mühl- Mehlwürmer,
ca. 1000 Stod., hat in Schoden billigst
abzugeben. Auf Wunsch frei Haus.
Lohmann, Köllwitz, Thaltstr. 19.
Kanarienhäube u. Weibchen, ob. St.
O. K. H. Giebichenstein, Steinstraße 7.
Eine Harmonika zu kaufen gesucht.
Wiederkaufliche. **Wiedemann,**
Tammannstraße. Ist neu, verleiht
billig. **Breitstraße 12, 1.**
Eine Maske verleiht
Bölbergasse 1. part.
Große u. kleine Vogelbauer verkauft
billig. **Partstraße 13. IV.**
Ein großer Tisch zu verkaufen.
Abdollenstraße 18. part.
Sopatisch bill zu verk. **Schüßlerstr. 12. II.**
Wohnungen mit Garten u. Bad in
Loetsch Hof von 135 - 160 **4** zu verm.

Wohnungen 154 Wohnungen. Stube.
2 Kammern und Küche zu vermieten.
Turnstraße 154.
Kleine Wohnungen zu vermieten.
Giebichenstein, große Berlinstraße 25.
Wohnung zu 40 u. 50 Thlr. zu verm.
1. April zu beziehen **Herrenstraße 23.**
Freundliche Wohnung zu vermieten.
Abdollenstraße 18.
Ein frdl. Vogis mit allem Zubehör
zu verm. **Giebichenstein, N. Weirstraße 2.**
Wöhl 3. als Schlafst. **auwerm. Augusthofstr. 1.**
Freundliche Stube als Schlafst. **zu vermieten.**
Turnstraße 157. II.
Wöhl 3. Zimmer mit sep. Eing. **billig**
zu vermieten. **Obdornstr. 3. III. Weirstr.**
Anständige Schlafst. offen.
Börsenstraße 14. II.
Ein junger Dachstuhl **geb. 1891.**
Putzwerk abzugeben. **alter Markt 83. I.**